

Bomben gegen Serbien: Neues Recht für den Stärkeren?

Nato am Ende der Sackgasse

Von Peter Pilz

Peter Pilz war einer der ersten, die sich kritisch gegen die Nato-bombardements geäußert haben. Er zeigt die Folgen dieses Schrittes für die Region wie für die internationale Politik auf und problematisiert die doppelten Standards hinsichtlich des Selbstbestimmungsrechts von Völkern.

Rußland fordert die Türkei auf, den Massenerschlag an Kurden zu beenden und Autonomie und Menschenrechte zu garantieren. In einer Friedenskonferenz unterschreibt die PKK. Der Vertreter der türkischen Regierung reist ohne Zustimmung heim. Ein Ultimatum läuft ab. Bombenflotten der Luftwaffen von Rußland und seinen Verbündeten starten Einsätze gegen Ziele in Incirlik, rund um Ankara und Istanbul. Warum nicht? Nach den neuen Maßstäben von EU und USA hätte Rußland recht. Niemand wird ernsthaft behaupten, daß politische Ultimaten und deren militärische Vollstreckung Privateigentum der USA und ihrer europäischen Satellitenstaaten seien. Wenn es stimmt, daß ethnische, religiöse und politische Verfolgung den Angriff auf einen souveränen Staat ohne jedes UN-Mandat rechtfertigen, dann gilt dieses neue Recht für jeden Stärkeren.

Innerhalb weniger Tage haben Clinton, Schröder und Blair die kleine Porzellankiste internationaler Beziehungen in Scherben geschlagen. Schwer geschädigt sind:

- das Völkerrecht und damit der Kern einer globalen Verfassung: Das Verbot des militärischen Angriffs auf einen souveränen Staat gilt ohne Einschränkung nur noch für den Schwächeren;
- die UNO als Kern einer globalen Friedensordnung: Der Sicherheitsrat ist jetzt das erste Weltsalzamt;
- Rußland: Die Ex-Supermacht hat sich gegenüber der Nato und Milosevic blamiert;
- die demokratische Opposition in Serbien: Sie ist auf Jahre erledigt;
- die Außenpolitik der EU: Berlin, Paris und London bleiben Vororte von Washington;
- die Reformer der Nato: Rund um Belgrad, Novi Sad und Pristina bombardiert keine Partnerschaft

für den Frieden, sondern ein herkömmlicher Militärblock unter dem Kommando der derzeit einzigen Supermacht;

- die Kosovo-Albaner: Niemand wird sie aus der Luft vor serbischen "Freiwilligen" schützen können.

Im Kosovo gelangt die Nato an das Ende der Sackgasse. Zum Erstversuch diente der Irak. im Video-Blitzkrieg wurde überzeugend dokumentiert, daß westliche Feuerkraft die Infrastruktur eines Landes binnen Stunden schwer beschädigen kann. Die Menschen im Irak spüren den Fortschritt: Zehntausende sind mittlerweile nicht an den Bomben, sondern an deren Folgen für die Versorgung gestorben. Nur einem geht es besser als zuvor: Saddam Hussein. Nach wie vor kontrolliert Saddams Geheimpolizei jeden Winkel des Landes, nach wie vor läßt der irakische Diktator Gegner exekutieren.

Im Kosovo ist die Nato drauf und dran, den irakischen Mißerfolg zu übertreffen. Slobodan Milosevic hat die 83 Tage der Großdemonstrationen der Belgrader Demokraten einfach ausgesessen. Jetzt sitzt er die Nato aus. Damals hatte er Zehntausende Serben gegen sich auf der Straße. Jetzt bringen die Bomben der Nato mehr Sachschaden, aber weniger Gefahr. Wenn keine

Bodentruppen kommen, hat Milosevic gewonnen: gegen die Nato, gegen die Albaner und gegen die serbische Demokratie.

Natürlich geht es auch anders. Niemand ist auf die Idee gekommen, Israel an einen runden Tisch mit Arafat zu bomben. Niemand hat versucht, das Apartheid-Regime in Stücke zu schießen. Der Druck von außen und die Opposition von innen haben in beiden Fällen gereicht. Manchmal, wie in Bosnien, wird das zuwenig sein. Auch unter Grünen sieht ein großer Teil dann keine Alternative zum militärischen Eingreifen. Aber eine Bedingung muß bleiben: das Mandat der UNO....

Was soll Österreich tun? Erstens: Ich erwarte von einem Kanzler und seinem Außenminister, daß sie die einzige Position, die einem aktiv Neutralen in dieser Situation zusteht, einnehmen: die des Vermittlers und des Anwalts der Menschenrechte. (Vor einigen Jahren war Ibrahim Rugova auf seiner Suche nach einem aktiven Österreich in Wien. Helmut Zilk hat ihn zumindest mit einem goldenen Rathausmann und humanitärer Hilfe beschenkt. Alle anderen hatten keine Zeit.)

Zweitens: sofort aus der „Partnerschaft für den Frieden“ austreten. Drittens: ein erstes Mal rechtzeitig aktiv werden. Die nächste Station heißt Kurdistan.



Peter Pilz ist Abgeordneter der Grünen im Wiener Landtag. Der Beitrag ist erschienen im Standard vom 27./28.3.99